

750 Stahlarbeiter legen Arbeit nieder

Mit zwei Warnstreiks vor der dritten Verhandlungsrunde machten 750 Stahlarbeiterinnen und Stahlarbeiter von den Deutschen Edelstahlwerken in Geisweid und Thyssen-Krupp Steel in Eichen deutlich, dass sie sich nicht mit dem mickrigen 1,3-Prozent-Angebot der Arbeitgeber abspesen lassen.



Metaller im Warnstreikmodus

Neu im Team: Heiko Aufermann



Heiko Aufermann verstärkt seit März die IG Metall-Geschäftsstelle Siegen.

Der neue politische Sekretär stellte sich beim Jahresempfang in der Siegerlandhalle vor. Ein Schwerpunkt seiner Arbeit liegt auf dem Arbeits- und Gesundheitsschutz. Aufermann war zuvor Betriebsrat bei Krombach Armaturen und ist seit 2015 Mitglied der Tariff Kommission für die Metall- und Elektroindustrie.

Sozialstaat muss wieder gestärkt werden

Jahresempfang der IG Metall Siegen: Mitgliederplus – Christoph Butterwegge referierte über Armut.

Um den »Sozialstaat 4.0« ging es beim Jahresempfang der IG Metall Siegen mit 280 Metallerinnen und Metallern in der Siegerlandhalle. Der Erste Bevollmächtigte Andree Jorgella blickte auf ein erfolgreiches Jahr 2016 zurück, mit einem Mitgliederzuwachs von einem Prozent auf 25200. Hans-Jürgen Urban vom Vorstand legte die sozialpolitischen Ziele der IG Metall im Wahljahr dar (siehe Interview).

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge referierte über »Armut in einem reichen Land«: In unserer Hochleistungsgesellschaft könne Armut besonders demütigend sein, denn man sei zugleich sozial ausgegrenzt. Man resigniere, gehe nicht zur Wahl, werde nicht repräsentiert. Das bringe neben sozialen Problemen politische Verwerfungen mit sich. »Wer Armut bekämpfen will, muss an die Reichen ran«, so der Armutforscher. Der Mindestlohn müsse steigen, die Mehrwertsteuer sinken, Reichtum stärker besteuert und alle Einkünfte in die Sozialversicherung einbezogen werden.



Butterwegge



alle Fotos: Julia Montanus

Hans-Jürgen Urban bedankt sich für den starken Beifall der Metaller.

Alle in die Rentenversicherung und zurück zur Parität

Reicht die Rente zum Leben? Wie krank ist unser Gesundheitssystem? Die IG Metall setzt im Wahljahr in der Sozialpolitik Maßstäbe. Die metallzeitung sprach dazu mit Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban.

Die IG Metall will die gesetzliche Rente stärken. Wie?

Urban: Wenn nichts geschieht, droht ein Rentennotstand. Altersarmut und abstürzender Lebensstandard sind reale Perspektiven – für die Mehrheit der Menschen! Deshalb muss der Sinkflug des Rentenniveaus sofort gestoppt und mittelfristig das Niveau wieder deutlich angehoben werden.

Kämen wir denn um eine Anhebung der Rentenbeiträge herum?

Urban: Ein fairer Steueranteil und eine allgemeine Erwerbstätigenversicherung könnten die Finanzspielräume erweitern. Einen moderaten Beitragsanstieg würden unsere Kol-



Hans-Jürgen Urban

legen sogar akzeptieren, wenn die gesetzliche Rente ihnen einen sorgenfreien Ruhestand bringt. Gerade bei den Jungen ist die Zustimmung hoch. Denn sie zahlen den Preis für die Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Rente.

Was will die IG Metall in der Krankenversicherung verbessern?

Urban: Wir müssen zurück zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Die Zusatzbeiträge schultern allein die Arbeitnehmer, und die werden weiter steigen, wenn die Arbeitgeberbeiträge eingefroren bleiben. Das ist nicht nur ungerecht. Beim Grundsatz der Parität geht es um noch viel mehr: Er wurde

einmal treffend als Friedensformel unserer sozialen Marktwirtschaft bezeichnet. Kapital und Arbeit begegneten sich auf Augenhöhe. Und es gab einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu den Grundelementen unseres Wirtschaftssystems und Sozialstaats.

Wie nimmt die IG Metall im Wahljahr Einfluss?

Urban: Wir haben schon einiges bewegt, die Themen Rente und paritätische Finanzierung der Krankenkassen auf die Tagesordnung gesetzt. Und wir legen vor der Wahl noch eine Schippe drauf. Wir sind stark aufgrund unserer Größe und unserer guten Diskussions- und Beteiligungskultur. Jedes Mitglied kann Einfluss nehmen, etwa mit der Beschäftigtenbefragung: Die Ergebnisse werden ein deutliches Signal für mehr soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit in Richtung Politik senden.